

Anfrage von Heini Bloch (SP, Schlieren)
betreffend die Schaffung von modernen Verwaltungsstrukturen
an den kantonalen Berufsschulen

Von den Erfahrungen ausgehend, dass die Berufsschulen von ihren Führungs- und Verwaltungsstrukturen her für die Lösung von pädagogisch innovativen Aufgaben eher schlecht gerüstet sind, und sich diese Probleme seit der Kantonalisierung noch akzentuiert haben, erhob die Lehrerkonferenz der Berufsschulen im Januar 1992 einstimmig (zuhanden des Amtes für Berufsbildung) folgende Forderung:

"Einsetzung einer Kommission aus Vertreter/innen von Berufsschulen, der kantonalen Verwaltung und dem Bereich Unternehmensberatung, die zuhanden der politisch massgebenden Gremien ein tragfähiges Modell ausarbeitet, wie die Berufsschulen ihren Bildungsauftrag durch die Schaffung von modernen Verwaltungsstrukturen und der rationellen Ausschöpfung der personellen Ressourcen optimal wahrnehmen können. Insbesondere müsste die Schnittstelle zwischen kantonalen Verwaltung und den Berufsschulen befriedigend geregelt werden können.

Zusätzlich müsste die Kommission u.a. folgende Fragen prüfen:

- a) Wie können von der Grösse her überblickbare Berufsschulen geschaffen werden, die eine sinnvolle und lebendige pädagogische Einheit bilden? (z. B. in der Stadt Zürich durch eine Aufwertung der Abteilungen zu selbständigen Berufsschulen mit entsprechender Leitung und Verwaltung; eine Abschaffung des bisherigen übergeordneten Rektorpostens wäre dementsprechend zu prüfen)*
- b) Wie lässt sich eine gerechtere Zusammensetzung der Schulleiterkonferenz erreichen? Die grossen städtischen Berufsschulen hatten bisher ein zu geringes Gewicht.*
- c) Bessere Verankerung der Lehrer/innen-Mitsprache, z. B. in allen Aufsichts- und Wahlkommissionen der Berufsschulen.*
- d) Mehr Transparenz bei der Wahl von Aufsichtskommissionen und -sektionen (heute faktisch Kooptation durch die bestehenden Kommissionen; unklar ist, wer als Arbeitgeber- und wer als Arbeitnehmer-Vertreter vorgeschlagen wird; heute zum Teil starke Überalterung der Aufsichtsgremien)".*

Ich ersuche den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass für die kantonalen Berufsschulen möglichst optimale Führungs- und Verwaltungsstrukturen eine wichtige Voraussetzung dafür sind, dass sie ihren Bildungsauftrag erfüllen können?
2. Ist der Regierungsrat gewillt, durch die Einsetzung der oben erwähnten Kommission eine Investition zu leisten, damit die finanziell knappen Mittel in Zukunft zielgerichteter und wirksamer zugunsten der Auszubildenden eingesetzt werden können?
3. Hat das Amt für Berufsbildung bereits Abklärungen getroffen, wie die kooperative Anregung der Lehrerkonferenz verwirklicht werden könnte?

4. Besteht allenfalls die Möglichkeit, mit Beratungsinstitutionen zusammenzuarbeiten, die bereits Arbeiten im Bereich Berufsbildung (z. B. bei der Entwicklung zum neuen Lehrplan Allgemeinbildung) übernommen haben?

Heini Bloch